

„Vorschrift für Schönwetterperioden“

Volkswirtschaftsexperte fordert mehr Flexibilität beim Stabilitätspakt in Europa

CHEMNITZ – Die europäischen Krisenländer sind nach wie vor hoch verschuldet und möchten trotzdem gern mehr Freiheit beim Abbau des Staatsdefizits. Welche Auswirkungen das hat und ob ein weiterer Finanzcrash möglich werden könnte, darüber hat Ramona Nagel mit Fritz Helmedag, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Chemnitz, gesprochen.

Freie Presse: Ist die Euro-Krise weitestgehend überstanden?

Fritz Helmedag: Nein, die Ursachen, die zur Krise geführt haben, sind immer noch vorhanden. Es gibt nach wie vor etliche Kreditinstitute, die keineswegs aus dem Schneider sind. Hinzu kommt jetzt noch die durch die Finanzkrise ausgelöste hohe Verschuldung einiger EU-Länder. Seit dem Ausbruch der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist relativ wenig zur erneuten Regulierung der Finanzbranche getan worden. So ist beispielsweise das Problem der Schattenbanken ungeklärt. Gleichwohl schaffen einige Banken erneut Milliarden und Spitzenbanker kassieren laut Europäischer Bankenaufsicht wie ehemals Millionengehälter.

Um die verschuldeten Länder kümmern sich Europäische Zentralbank, Finanzexperten und Spitzenpolitiker. Gibt es weiteren Handlungsbedarf?

Trotz aller Hilfgelder und Bürgschaften leiden die Südländer weiterhin unter einer hohen Schuldenlast. Manche der Rettungsprogram-

me dienten eher der Bankenstützung als der Sanierung der Budgets. Auch andere Maßnahmen sind nicht umgesetzt worden. Beispielsweise sollte die angekündigte Transaktionssteuer den Hochfrequenzhandel entschleunigen und den öffentlichen Haushalten zusätzliche Einnahmen verschaffen. Zwar wollen elf EU-Staaten diese Steuer einführen, darunter Deutschland, aber in der letzten Zeit hört man wenig darüber. Ob und wann sie überhaupt kommt, ist offen.

Ein neuer Finanzcrash ist nicht ausgeschlossen?

Die Stabilität des europäischen Bankensystems muss weiterhin kritisch eingeschätzt werden. Einige Institute sitzen nach wie vor auf faulen Krediten. Für die südlichen Euro-Länder ist die Finanzierung öffentlicher Ausgaben über die Kreditmärkte im Verhältnis zum geringen Wachstum immer noch zu teuer.

Brauchen die Krisenländer mehr Zeit?

Es ist nicht zu erwarten, dass diese Länder in absehbarer Zeit prosperieren. Denn sie stecken in einer Zwickmühle: Einerseits sollen Ausgaben gekürzt werden, andererseits ist es geboten, das Wirtschaftswachstum durch Investitionen anzukurbeln und außerdem den Export zu stimulieren.

Abgesehen von Bürgschaften, wie kann Deutschland die Krisenländer noch unterstützen?

Wir sollten stärker Waren und Dienstleistungen, etwa Reisen, aus diesen Ländern importieren. Hier-

für müsste die Massenkaufkraft in Deutschland gestärkt werden. Eine Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen wäre zudem opportun.

Seit Inkrafttreten des Maastricht-Vertrages 1993 gelten starre Grenzen für Neuverschuldung und Schuldenstand. Müssen diese neu definiert werden?

Starre Grenzen schnüren prinzipiell den Handlungsspielraum ein. Eine maximale jährliche Neuverschuldung von drei Prozent sowie ein Schuldenstand, der 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht übersteigen sollte, sind Vorschriften für Schönwetterperioden. Sie sind deshalb auch immer wieder verletzt worden. Seit 2008 versucht die Europäische Zentralbank, mit der Ausweitung der Zentralbankgeldversorgung die Finanzkrise zu überwinden und die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Doch das billige Zentralbankgeld schlägt sich nicht in entsprechenden günstigen Konsumentenkrediten nieder. Der Dispozins ist nach wie vor oft zweistellig. Die Banken sind generell recht schnell bei der Weitergabe von höheren Zinsen. Zinssenkungen geben sie jedoch eher verhalten und vor allem nicht im notwendigen Umfang weiter. Deshalb könnte über Höchstzinsen nachgedacht werden, die es im Übrigen in Westdeutschland bis in die 1960er-Jahre gegeben hat.

Deutschland gilt als Musterland in der EU, der Arbeitsmarkt boomt angeblich. Ist das tatsächlich so?

Seit 1991 geht das Arbeitsvolumen tendenziell zurück, erst in der jüngsten Vergangenheit ist es etwas angestiegen. Die Zahl der geleisteten Stunden in einem Jahr ist demnach über Jahrzehnte praktisch stabil geblieben. Die Beschäftigtenzahl stieg vor allem wegen der zunehmenden Mini- und Midijobs. Wir haben aber immer noch etwa drei Millionen offizielle Arbeitslose und ungefähr eine Million Menschen in der Unterbeschäftigung. Eine weitere individuelle Arbeitszeitverkürzung wäre vor diesem Hintergrund eigentlich das Gebot der Stunde. Doch die Diskussion geht eher in die entgegengesetzte Richtung.

Fritz Helmedag

Der geborene Tübinger studierte in seiner Heimatstadt sowie Stuttgart-Hohenheim und schloss diese Ausbildung 1980 als Diplom-Ökonom ab. Nach Promotion und Habilitation übernahm er die Vertretung des Lehrgebiets für Allgemeine Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft an der RWTH Aachen. Seit März 1993 leitet er die Professur für Mikroökonomie an der TU Chemnitz. Forschungsinteressen sind unter anderem Wettbewerbswirtschaft sowie Beschäftigungstheorie und -politik. Seine wohl bekannteste Doktorandin ist Sahra Wagenknecht, eine der führenden Politikerinnen der Partei Die Linke. (na)



FOTO: TU CHEMNITZ